

Antwort auf die Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbandes

Jeder hat das Recht zu lieben, wie er möchte und wen er möchte, solange das unter Erwachsenen und einvernehmlich stattfindet. Demokratie, Recht und Freiheit schreiben wir groß. Die Freiheit und die Rechte von Minderheiten sind zu schützen und zu bewahren als wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Minderheiten geben nicht der Mehrheit vor, wie diese zu leben hat.

1.

Wir sind nicht der Meinung, dass es den von Ihnen skizzierten europaweiten Fahrplan braucht. Wie wir unter 6. erklären lebt Europa in seinen unterschiedlichen nationalen Traditionen.

Wenn überhaupt, sind die nationalen Traditionen auf einen Gehalt hin zu untersuchen, der auf ihrer Grundlage eine Verbesserung für LSBTI-Bürger ermöglicht. Dieses Thema kann sehr interessant sein und die AfD wird für Deutschland geeignete Vorbilder, Werke, Strukturen identifizieren.

2. und 3.

Unfraglich gibt es in einigen osteuropäischen Ländern in Bezug auf Diskriminierungsschutz und Rechtsgewährleistung Nachholbedarf im hier in Frage stehenden Bereich. Möchte man dies beheben, bedarf es der adäquaten Mittel der Angleichung. Diese stellt die EU-Bürokratie nicht bereit.

Gehen wir davon aus, dass z. B. das spanische und deutsche Volk im LSBTI-Bereich besonders tolerante Einstellungen haben und auch tatsächliche Rechte für diese Menschen garantieren, so haben solche Nationen vorzuleben, wie derlei erfolgreich unter Wahrung unterschiedlicher Traditionen gelingt. So könnten Mentalitätsunterschiede abgebaut werden und wünschenswerte Verbesserungen für LSBTI-Bürger erreicht werden. Wir trauen die Begleitung dieses Prozesses aber der EU keineswegs zu. Wir denken, dass die EU durch zuviel und verheerende Rahmengesetzgebung einen erfolgreichen Weg Spaniens oder Deutschlands als Nationen grundsätzlich verhindert, so leben gleichgeschlechtlich Liebende durch den Zivilisationsbruch von geduldeten Grenzöffnungen, die so nur durch EU-Politik möglich geworden sind, nicht sicherer. Dieses sehen die osteuropäischen Nationen genau. Sie werden vor Diskriminierung nur dann vermehrt schützen und LSBTI-Rechte gewährleisten wollen, wenn dies von der Androhung anderweitigen EU-Zwängen gehorchen zu müssen, getrennt wird.

Wir alle gemeinsam werden dies in Europa überhaupt nur noch können, wenn Parteien wie die Alternative für Deutschland gewählt werden.

4.

In Deutschland werden Gewaltverbrechen gegen LSBTI-Bürger vor allem dann anders behandelt, wenn die Täter Muslime sind. Wir von der AfD bekämpfen aktiv das Verschweigen durch die Medien und werden das gern auf europäischer Ebene auch tun. Die völlig überflüssige Einführung der Kategorie von „Hassverbrechen“ lehnen wir dagegen strikt ab. Sie lenkt als abstrakter Ordnungsfiler doch nur von Problembenennung ab und bietet Tür und Tor für Zensur.

Wir brauchen also nicht in erster Linie EU-weite Gesetzgebungen sondern in den 28 Amtssprachen der EU klare Ansagen für bestimmte Zugewandertenkreise.

5.

Neue drastische Formen von Mobbing und Diskriminierung gehen vor allem von islamisch geprägten Neubürgern aus. Der Kampf kann sich also nicht gegen Abstrakta wenden, sondern darf den Kampf gegen totalitäre religiös fundamentierte Denkmuster nicht scheuen.

6.

Gar nicht. Wir schätzen die unterschiedlichen nationalen Rechtsstandards. Diese hüten real die Möglichkeiten von Menschen und Minderheiten. Unterschiedliche Herangehensweisen an Formen gleichgeschlechtlichen Zusammenlebens können unmöglich von Europa dekretiert werden. Wir als Alternative für Deutschland akzeptieren hierbei gern weit reichende Regelungen in Deutschland, dass als traditionell homosexuellenfreundliches Land identifizierbar ist. Es ist jedoch zu bedenken: „Der Begriff der Menschenrechte brach, wie Burke es vorausgesagt hatte, in der Tat in dem Augenblick zusammen, wo Menschen sich nur noch auf sie und auf keine national garantierten Rechte mehr berufen konnten“ wie Hannah Arendt so treffend ausführt. (Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, München 2005, S. 619). Man hüte sich hier solange zu vereinheitlichen, bis insbesondere ein scheinbar durchliberalisiertes Westeuropa nicht einmal mehr das Leben in der Öffentlichkeit zu schützen vermag.

7.

Das erwähnte Marokko muss als sicherer Drittstaat anerkannt werden und Europas und Deutschlands Grenzen geschlossen werden, auch um minderheitenfeindliche Bevölkerungsströme fern zu halten. Erst dann hat es Sinn, für wegen ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität Verfolgte Asylschutz zu gewährleisten. Hierzu ist die AfD bereit und wird sich sicher unter der genannten Prämisse für die Aufnahme der infrage stehenden Opfergruppen einsetzen und gegenüber Rat, Kommission und Parlament offensiv vertreten.

Die Erteilung des Schutzstatus' mithin für von Strafen für homosexuelle Handlungen Bedrohte ist Angelegenheit der Nationalstaaten. Deutschland kann sich und sollte sich auch hier umso großzügiger zeigen und sachdienlich Hilfe leisten, je stärker das Asylrecht auf solcherlei Gründe wieder zurückgeführt wird.

8. Unsere Partei wird mit den ihnen nahe stehenden Parteien in Europa und gewiss im Einklang mit der Trump-Administration und Israel die Menschenrechte der LSBTI weltweit zu schützen suchen. In keinster Weise suchen wir dabei den Schulterchluss mit fragwürdigen Ideologien oder üben uns dabei in Sternchensprache. Wir werden Attentate wie das von Orlando oder staatliche Hinrichtungen von Homosexuellen als die Verbrechen anprangern, die sie sind, von europäischer Ebene aus wie von jeder anderen.

9. Wir werden genau die europäische Ebene in ihrer bisherigen Gestalt problematisieren, als uns blind auf sie zu verlassen, da die Gefahr der Aufweichung der Sicherheit insonderheit für LSBTI-Bürger im Verlauf der Islamisierung steigt und nicht geringer wird, wofür wir die EU-Bürokratie verantwortlich machen. In keinster Weise können irgendwelche Kriterienkataloge für die Ernennung von Mitgliedern der EU-Kommission Grundlage sein, die von außen herangetragen werden. Das ist zentralistisches EU-Denken.

Europäische Zivilisation aber erwächst von innen. Der Aktionsplan den sie von oben heran gesetzt zu sehen wünschen, haben wir. Für unsre gleichgeschlechtlich Liebenden und sich von seltenen Geschlechtsidentitäten geprägt sehenden Menschen ist die Liebe zur freien, modernen Nation und der Schutz der Identität Europas, die beide solche Diskussionen erst möglich gemacht haben, möglich halten, bzw. weltweit in Gang gesetzt haben. Menschenrechte, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von LSBTI sind keine leeren Worte für uns, die in unerreichbaren und unkontrollierbaren Amtsstuben programmatisch im Munde geführt werden, um dafür „Geldmittel locker zu machen“. Sondern diese drei Worte werden in die Tat umgesetzt auf Deutschlands Straßen und von einer wehrhaften und kontrollierbaren Demokratie aus.